

Bezugspreis:

Wochenschriftlich
für Bad Ems 3 M.
Bei den Postanstalten
(einschl. Beleggeld)
3 M. 27 Pf.

Erscheint täglich mit Aus-
nahme der Sonn- und
Feiertage.

Druck und Verlag
von H. Ehr. Sommer,
Bad Ems.

Emser Zeitung

(Kreis-Anzeiger)

(Bahn-Vote)

(Kreis-Zeitung)

verbunden mit dem „Amtlichen Kreisblatt“ für den Unterlahnkreis.

Nr. 12

Bad Ems, Mittwoch den 15. Januar 1919.

71 Jahrgang.

Eiffelturm-Nachrichten

Die Entscheidungen des Interalliierten Rates.

Paris, 14. Jan. Montag früh hat die Zusammenkunft der Flotten- und Wirtschaftsjahresversammlungen stattgefunden. Nachmittags haben die Oberste Interalliierte Rat und die Premierminister und Außenminister der Alliierten und Verbündeten eine Sitzung abgehalten. Aus den amtlichen Mitteilungen ergibt sich, daß folgende Beschlüsse gefaßt wurden: die neuen Waffenstillstandsbedingungen sind festgesetzt worden: Der Rat hat beschlossen, für die Lebensmittelversorgung Deutschlands und der Grenzländer (Jugoslawien, Tschechoslowakei, Polen, Ungarn, Rumänien) zu sorgen mit dem Verlangen, daß Deutschland alle seine Handels-schiffe, die sich in seinen und den neutralen Häfen befinden, zur Verfügung stellt. Die Alliierten beanspruchen außerdem von Deutschland die Wiederherstellung von allem, in den Fabriken der besetzten Gebiete durch seine Truppen weggenommenen Material, resp. die Entschädigung. Die finanziellen Bedingungen verlangen die Beschlagnahme der Goldreserve der Reichsbank. Der Transport dieser Reserve in eine Provinzstadt wird gesichert werden. Die neuen Waffenstillstandsbedingungen zum See legen Deutschland die Ablieferung des Unterseebootmaterials auf, die nach vollständig ausgeführt worden ist. — Die Premierminister und Außenminister verhandelten dann über das Programm der Friedenskonferenz. Sie festigten die Zahl der Delegierten jedes Staates fest. Frankreich, Großbritannien, Italien und Japan werden je 5 Bevollmächtigte haben, Brasilien 3. Je zwei Delegierte werden Belgien, Serbien, Griechenland, Polen, den Tschechenstaat, Rumänien und China; für Portugal ist ein Delegierter vorgesehen, ebenso je einer für alle die Staaten, die mit den Zentralmächten die Beziehungen abgebrochen haben. Canada, Australien, Südafrika und Japan werden je 2 Delegierte senden, Neuseeland einen. Die Frage der Vertretung des Königreichs Serbien ist noch nicht entschieden. Dienstag morgen wird der Rat die Arbeitsmethoden der Konferenz festsetzen. Die erste Vollziehung der Friedenskonferenz wird Samstag, den 18. Januar nachmittags im Ministerium des Auswärtigen zusammengetreten.

Eine Erklärung Hindenburgs.

Bad Ems, 13. Jan. Generalfeldmarschall von Hindenburg stellte in einem Interview mit einem amerikanischen Pressevertreter folgendes fest: Die deutschen Truppen haben sich, so schnell wie es mit guter Ordnung zu vereinbaren war, auf das östliche Rheinufer zurückgezogen. Wir erfüllen die Waffenstillstandsbedingungen so gut, wie es uns möglich ist. In einigen Fällen ist es wegen ihrer Schärfe nicht möglich, ihnen im vollen Umfang nachzukommen; sie wurden uns in einer Zeit der Not und Verzweiflung aufgezwungen. Die härteste Bedingung ist die Ablieferung der Lokomotiven in solch kurzer Zeit, deren Erfüllung Deutschland große Erschwernisse auferlegt. Ich verbleibe an der Spitze der deutschen Armee, weil ich es als meine Pflicht betrachte, das Vaterland vor dem Chaos zu retten. Nach Beendigung der Demobilisierung ist meine Aufgabe erfüllt. Die Zukunft hängt von den Ereignissen ab. Die Fortsetzung der Blockade bringt weitere Entbehrungen für Deutschland, aber ich hoffe, daß der Krieg nun zu Ende ist und daß wir bald wieder Beziehungen mit den Vereinigten Staaten aufnehmen können. Ich bin ein Bewunderer Ihres großen Generals Lee, den ich als Soldat und als Mann verehere.

Die Vorgänge in Berlin.

Bad Ems, 12. Jan. Die „B. Z. am Mittag“ meldet zur Erklärung des Polizeipräsidenten folgende Einzelheiten: Um 5 1/2 Uhr wurde die Artillerieeinschließung angeordnet. Kaum eine Stunde dauerte die Beschießung. Die Artillerie hatte im ganzen 52 Schuß abgegeben, als das Gegenfeuer vom Polizeipräsidenten restlos verstummte. Nun begann die Arbeit der mit Handgranaten versehenen Infanterie. Vorsichtig krochen die Mannschaften die Stufen empor, und zwangen dann plötzlich unter lautem Hurra aus dem Bahnhof heraus, stürzten in einem Anlauf über den Alexanderplatz bis vor das Haupttor der Alexanderstraße vor und drangen in den Hof ein. Hier kamen den Soldaten bereits die ersten Spartakisten mit hochgehobenen Händen entgegen. Über 300 Verteidiger wurden dann unter harter Bedeckung nach der Alexanderstraße abgeführt. Die Spartakisten haben in dem Gefecht 42 tote und über 30 Verletzte gehabt, während die Verluste der Regierungstruppen verhältnismäßig gering sind.

Bad Ems, 13. Jan. Ueber die Plünderungen in der Berliner Ostend schreibt die „Berliner Rundschau“: Nachdem die Spartakisten aus dem Innern der Stadt Berlin in der Hauptstraße zurückgedrängt worden waren, wählten sie sich den Berliner Osten als Stützpunkt aus, wo sie

plündernd durch die Straßen zogen. Die aus dem Schleifischen Bahnhof herausgeworfenen Spartakisten zogen mit den Waffen ab. Die Gegend um den Schleifischen Bahnhof ist den größten Gefahren ausgesetzt. In der Großen Frankfurter Straße drangen Spartakisten in Läden und Privathäuser ein und plünderten, wo sie sich Eingang verschaffen konnten. Teilweise gingen sie bis in den vierten Stock und räumten die Wohnungen aus. Zum Teil kam es mit den Regierungstruppen zu unerbittlichen Kämpfen. In der Villenkolonie Grunow wurden in den beiden letzten Tagen 10 räuberische Überfälle durch das spartakistische Gesindel gemeldet. Um dem Treiben dieser schändlichen Elemente zu steuern, ließ Oberst Reinhardt abends und nachts die Straßen revidieren. Je zwei Postwagen mit Mannschaften besetzt, fuhren in Abständen von 100 Metern voneinander entfernt durch die Straßen in voller Breite. Auf Anruf der Truppen mußte jedermann stehen bleiben und wurde dann von den Soldaten untersucht. Verdächtige Personen, die sich nicht ausweisen konnten oder ohne Waffenschein der Kommandantur Waffen bei sich führten, wurden verhaftet.

Bad Ems, 13. Jan. Unter den Verhafteten befindet sich auch der bolschewistische Propagandist Karl Madel (Zobelsohn).

Berlin, 13. Dez. Die Blätter der „Zurück, Mord- und Mordverlage“ sind wieder erschienen und geben ihrer Fresse über die Befreiung von der Spartakusherrschaft und dem Takt für die Befreiung und Wiederherstellung der Ordnung lebhaften Ausdruck. Auch der Vorwärts ist seit gestern wieder in der Hand seiner Leser. Er teilt heute mit, daß der militärische Spartakuskommandant des Vorwärts ein ehemaliger Redaktionschef des Vorwärts mit Namen Ostermann gewesen sei, der wegen wiederholter Diebstehlen und Unterschlagungen habe entlassen werden müssen. Als nächstes Ziel der Regierung wird die vollständige Entwaffnung aller Zivilisten bezeichnet, damit die Nationalwahl ungehindert vor sich gehen kann. Wohin Eichhorn und Genossen geflüchtet sind, weiß man noch nicht; jedenfalls haben sie auf zahlreichen Lastautos und Motorwagen erhebliche Mengen Waffen mitgenommen.

Bad Ems, 12. Jan. Es beträgt sich, daß gestern zehn regierungs-treue Matrosen in der Wilhelm- und Besselstraße ohne jeden Grund von Spartakisten erschossen worden sind. — Bei einer verhafteten Ruffa sind 16.500 Mark vorgefunden worden.

Es gärt schon wieder.

Berlin, 13. Jan. Abends gegen 6 Uhr machte sich im Zentrum der Reichshauptstadt wieder Sturm bemerkbar. Nördlich und südlich der Leipziger Straße stießen Schwenk- und Maschinengewehrschüsse. Eine scharfe Kontrolle pervert die Wilhelmstraße ab. Der Verkehr unter den Linden ist vollkommen gesperrt. Vom Brandenburger Tor aus gesehen, liegen die vollständig finsternen Linden so da, wie man sie nie früher gesehen. Vor dem Brandenburger Tor steht eine starke Wache, die keinen Wagen und keinen Fußgänger die Linden betreten läßt. Die Straßenbahnen fahren vollkommen finstern weiter. Das ganze Gelände um das Reichstagsgebäude herum ist hart bewacht. Es scheinen sich bis zur letzten Abendstunde Spartakusanhänger auf verschiedenen Dächern der Zimmerstraße, Charlottenstraße, Kochstraße, Wilhelmstraße, Leipziger und Friedrichstraße eingeklinkt zu haben. Gegen 4 Uhr entwickelte sich indessen in der Königsplatzstraße in der Nähe des Hofes des Reichstags wieder ein lebhafter Kampf, und auch in der Wilhelm-, Friedrich- und Unterstraße wurde in der fünften Stunde gegen das Reichstagsgebäude und die Bürgerversammlung von Spartakisten aus geschossen, so daß das Passieren dieser Straße mit Lebensgefahr verbunden war.

Die bayerischen Wahlen.

München, 13. Jan. Der gestrige Wahlsieg brachte insofern eine angenehme Überraschung, als er im ganzen Lande ruhig verlief. Soweit das Ergebnis bisher bekannt ist, erhält die Sozialdemokratie nicht die absolute Mehrheit. Anscheinend werden sich die Bayerische Volkspartei und die Sozialdemokratie die Waage halten.

Die Wahlen in Württemberg.

Stuttgart, 13. Jan. Das Ergebnis der württembergischen Landeswahlen ist folgendes: Sozialdemokratie 52 Sitze, Deutsch-demokratische Partei 38 Sitze, Zentrum 31 Sitze und Reichsbanner, württembergische Bürgerpartei, Bauern und Weinbauern sowie ihre Landwirte 25 Sitze, Unabhängige 4 Sitze.

Der Volksemissarius im Osten?

St. Petersburg, 12. Jan. Wie der Korrespondent der Telegraphen-Union von gut unterrichteter Stelle erzählt, geben beängstigende Gerüchte von einem Anmarsch bolschewistischer Truppen auf Ostpreußen durch das Land. Ob und wie weit diese Gerüchte auf Tatsachen beruhen, läßt sich im Augenblick nicht feststellen. Der Volksbefreiung hat sich eine Verführung bemächtigt. Die Einwohner von Stallupönen und Pillkallen haben zum großen Teil die Flucht angetreten. In Anbetracht dieser

Gefahr, die im Augenblick noch nicht tatsächlich besteht, hat sich in ganz Ostpreußen eine große Propaganda für eine ostpreussische Volkswehr eingestellt. Diese Volkswehr, zu der entlassene Soldaten, Arbeiter und Bürger massenhaft strömen, soll unter den Oberbefehl des Befehlshabers von Ostpreußen, Hindenburg, gestellt werden.

Zur traurigen Lage in Posen.

Man schreibt der Köln. Volkszeitung: Himmelstreichend sind die Berichte aus Posen, und da muß sich jeder fragen: Wo bleibt die Berliner Volksregierung? Es ist wohl nicht genug, daß wir vor der Friedenskonferenz die Stahlkammer Lothringen verloren haben, nun verlieren wir auch noch die Lebensmittelkammer Posen, weil es in Deutschland keine rettende Macht mehr gibt. Welchen Wert die landwirtschaftliche Provinz Posen für Deutschland hat, kann die Kriegszeit beweisen. Diese Provinz hat während der Zeit ein Sechstel des Kartoffelbedarfs von Deutschland befriedigt, und ähnlich waren die Lieferungen von Getreide, Fleisch, Butter usw. Daß man also einen solch wichtigen Landesteil so leichtfertig preisgibt, ist geradezu schändlich! Die Gefahr war längst bekannt, denn als ich im Herbst vorigen Jahres wieder, wie seit mehreren Jahren, einige Monate in der Provinz Posen war, wurde bereits die baldige Proklamation von Großpolen und der Einmarsch der polnischen Truppen überall propheet. Ich war in der Zeit in den Kreisen Wirsig und Wolski. Für die Proklamation war der 15. November vorgesehen. Die Deutschpolen hatten vorher öfters Zusammenkünfte, und das Programm für den Putz war bis ins kleinste fertiggestellt. Einige Tage vorher wurde die Proklamation aber verschoben. Die Deutschen waren seit langem schon in der größten Angst, zumal das Auftreten der Polen an Annahme zunahm. Ueber die Gefahr war auch Berlin unterrichtet. Aber Berlin ist so taub und energielos für jeden Schrei nach Hilfe und Ordnung. Alles, was von Grenzschutz bis jetzt geschrieben wurde, hat sich nicht bewährt. Eine Gefahr, die bei uns in Posen schon die NS-Räte, die zum größten Teil aus Polen bestehen, z. B. in Mogilno aus acht Polen und zwei Deutschen. Bei der Unsicherheit im Innern um an allen Grenzen durfte keinesfalls die übertriebene Auflösung des Heeres kommen; die zurückgebliebenen 19- und 20-jährigen, unerfahrenen jungen Leute können den Polen keine genügende Abwehr bieten. Dafür konnten jedenfalls noch Klare, zuverlässige Jahrgänge, unter guten Bedingungen zurückgehalten werden. Die Volkswehr kommt viel zu spät. Die Grenzen von Posen und die Posener Garnisonen mußten schon Mitte November, als die Gefahr im Anzuge war, stark besetzt werden, dann war der Aufruf nicht möglich, und es wären nicht allein viele Menschenleben, sondern auch für viele Millionen Gut und besonders die für das übrige Deutschland so nötigen Lebensmittel gesichert gewesen. Es wäre dann auch vermieden worden, daß man die Friedenskonferenz vor eine fertige Tatsache stellt, also, die Polen bereits das Urteil über Posen hat sprechen lassen. Die Schuld an dem Urteil trägt nur die sozialistische Regierung. Darum wird die Selbsthilfe versuchen müssen, zu retten, was zu retten ist.

Die Parteien und die Nationalversammlung.

Berlin, 9. Jan. Aus Magdeburg wird gemeldet, daß die Deutsche demokratische Partei, die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationale Volkspartei sowie das Zentrum für die Wahlen zur Nationalversammlung und zur Preussensammlung unter Vermittlung des Magdeburger Bürgervereins Väterverbund beschlossen haben.

Solingen, 11. Jan. Heute abend wurde hier, nachdem durch die Demokratische Partei ein Listenverbindung mit den andern bürgerlichen Parteien abgeschlossen worden ist, eine Ortsgruppe der Deutschen Volkspartei gegründet.

Die deutschen Friedensunterhändler.

Wie der „Petit Parisien“ meldet, wird die deutsche Friedensdelegation etwa 200 Personen umfassen, die in der deutschen Botschaft in Paris untergebracht werden sollen. Sämtliche Ministerien werden durch hohe Funktionäre vertreten sein; für das Auswärtige Amt sind etwa 80 Personen unter Führung des Grafen Mangau vorgesehen. Man spricht davon, daß der Herr Lichnowski die Delegation führt. Unter den technischen Ratgebern befinden sich der Direktor der Hamburg-Amerika-Linie Cuno, der Direktor des Norddeutschen Lloyd Heinemann sowie der Bankier Warburg, ferner Fernburg und Sell sowie mehrere ehemalige Minister des Handels und der Finanzen.

Blutige Straßentämpfe in Zwidau.

St. Dresden, 12. Jan. In Zwidau ist es gestern zu blutigen Kämpfen gekommen bei der Wiederherstellung des sozialistischen Organs, Sächsisches Volksblatt, das vor einigen Tagen von den Spartakisten besetzt worden war. Es hatten sich in dem Gebäude 25 bewaffnete Spartakisten ver-

Kampf. Nach einem erbitterten Feuergefecht, bei dem es mehrere Tote und Verwundete gab, mußten sich die Spartakusleute ergeben. Zwei ihrer Führer wurden von der wütenden Menge beim Transport mißhandelt. Die Spartakusleute wollten im Laufe der Woche mit Hilfe von Matrosen alle Bergwerke im Hindauer Kohlenrevier stilllegen und die Bergleute an der Einfahrt verhindern.

Der Streik im Ruhrgebiet.

Die Sozialisierung des Bergbaus.

Essen, 12. Jan. Ungeachtet der weitgehenden Zugeständnisse an die Bergarbeiter, namentlich im Essener Kohlenrevier, hat die Streikbewegung einen solchen Umfang angenommen, daß die Gaslieferung bereits teilweise eingestellt und auch die Wasser- und Elektrizitätsversorgung in Frage gestellt ist. Der Essener A.-S.-M. glaubt nun die Fortdauer der Streikbewegung und den drohenden wirtschaftlichen Zusammenbruch dadurch verhindern zu können, daß er den Landrichter Ruben zum Volkskommissar für die Sozialisierung des Bergbaues bestellt und ihm je ein Mitglied der Mehrheitssozialisten, der Unabhängigen und des Spartakusbundes als Beigeordnete zur Seite stellt. Diese Kommission soll verschiedene Vorschläge bilden und für jedes Revier einen Revierrat aufstellen. Diese Revierräte sollen wieder zu einem Zentralkomitee zusammenzutreten, der seinerseits mit dem Volkskommissar verhandelt. Der A.-S.-M. gibt bekannt, er habe die Aufsicht über die Förderung und den Vertrieb der Bergwerkserzeugnisse des rheinisch-westfälischen Steinkohlenbezirks übernommen und beordert: 1. Alle Lohnforderungen sind von nun an bei uns anzumelden; 2. Erhöhung der Preise für die Bergwerkserzeugnisse ohne unsere Genehmigung ist verboten. Durch den Ausbau der Arbeitervertretungen auf den Betrieben und durch das Zusammenarbeiten mit den technischen und kaufmännischen Beamten soll eine Organisation geschaffen werden, die aufs genaueste alle Unterlagen beibringt, die zur Beurteilung der Leistungsfähigkeit der Werke und der Möglichkeit besserer Arbeitsbedingungen der Bergleute nötig seien. Die sozialistischen Parteien mit Einschluß der Spartakusgruppe hatten unter diesen Umständen eine einstimmige Stellung genommen für sofortige Einstellung des Streiks. Der Arbeiter- und Soldatenrat hofft auf Gutheißung seiner Maßnahmen durch weitere Kreise. Von den Arbeitern fordert er, daß sie seine Arbeit nicht durch weitere Streiks stören, von der Regierung, die ja leider durch die Verhältnisse in Berlin zu notwendigen Arbeiten auf anderen Gebieten unfähig ist, hofft der Arbeiter- und Soldatenrat Verständnis und Förderung seiner Arbeit.

Erleichterungen für den Postverkehr.

Berlin, 13. Jan. Folgende weitere Erleichterungen für den Postverkehr aus dem unbefetzten Deutschland nach dem besetzten Gebiet sind eingetreten: Nach der französischen Besetzungszone, ausgenommen Elsaß-Lothringen, sind Pakete mit Lebensmitteln oder andern Inhalt und ohne briefliche Mitteilungen zur Beförderung über Frankfurt-Wiesbaden zugelassen worden. Pakete mit andern Inhalt als Lebensmittel und mit brieflichen Mitteilungen werden feindlicherseits beschlagnahmt.

Eine Milderung der Seesperre.

Hamburg, 13. Jan. Eine Milderung der Seesperre gegen Deutschland ist insofern eingetreten, als norwegische Schiffe nach deutschen Häfen Geleitscheine erhalten. Daraufhin ist als erstes norwegisches Schiff unter Geleitschein der Dampfer Triumph mit einer Ladung von Getreide und Fisch-Erzeugnissen von Stavanger im Hamburger Hafen angekommen. Norwegen hat jetzt um Geleitscheine für Schiffe mit Salzladung von deutschen Häfen nach Norwegen erjudet.

Der Gebildete und die Parteipolitik.

Viele gebildete Staatsbürger stehen offensichtlich der Politik gleichgültig, der praktischen Tagesarbeit der Parteipolitik ratlos gegenüber. Und das bei keinem Volke mehr als bei unserm. Zum Teil liegt das daran, daß der Deutsche auch im politischen Leben leicht Theoretiker bleibt und wohl über Staatstheorien und Geschichtsphilosopheme wissenschaftliche Erkenntnisse gewinnt, aber aus dem Bestreben zu reiner Objektivität zu keiner Stellungnahme im parteipolitischen Leben gelangen kann. In der Tagespresse, in den Parteiprogrammen findet er nicht die Veranschaulichung, nicht die Entfaltung, die er von seinem abstrakten oder nur geschichtlichen Standpunkte aus auch in der Parteipolitik sucht. Von Widersprüchen, die die praktische Parteiarbeit gegen seine Abstraktionen oder lediglich geschichtlich fundierten Voraussetzungen aufweist, abgesehen, heitert durch eigennützige Sonderbestrebungen, die faktisch in den Weg der hohen Staatspolitik treten, zieht der Gebildete sich allzu leicht von jeder politischen Parteistellung mit ihren mehr oder minder notwendigen gegebenen Einseitigkeiten zurück. Er braucht nicht aufzuhören, politisches Interesse höchster Qualität, oft ungenutzten Zukunftswertes in seiner theoretischen Arbeit zu verwirklichen, aber aus Scheu vor jeder Zeitungsbeziehung bleibt eine derartige Leistung ohne Wirksamkeit in der praktischen Politik des Tages.

Viele Gebildete auch sind zu ästhetisch veranlagt, um das grobe Handwerk der Tagespolitik als für sie verpflichtend zu empfinden. Töne, Farben, Stimmungen sind ihnen reizvoller als Handelsfragen, Agrarfragen, Sozialpolitik. Die Kämpfe gar der Parteien, die Kleinarbeit der politischen Menschenbeeinflussung sind ihnen widerlich. Wer mag mit ihnen rechten? — Andere schließlich sind infolge ihrer Bildung so stark Individualisten geworden, daß sie das Prinzip der Majorität, das alle Parteien nur einmal zur praktischen Durchsetzung benötigen, als Vergeßlichkeit gerade des Guten, das auch in der Politik stets in der Minorität sein wird, empfinden. Politische Ueberzeugungen mit Agitation hervorgerufen, politische Wirkungen mit Stimmgabel erzielt, scheint ihnen die Erklärung gerade der

wirklichen politischen Bildung herbeiführen zu müssen.

Das alles ist in seinen Grenzen dem Gebildeten wohl verständlich. Und doch bedeutet die geringe Mitarbeit der Gebildeten im politischen Leben der Parteipolitik nicht allein die Ausschaltung einer höheren Form des politischen Lebens, nicht allein den politischen Selbstmord ganzer Volksteile für die reale Praxis des politischen Wirklichkeitslebens, sondern ist auch ein derartiges Unrecht sowohl an dem eignen sozialen Instinkt wie an dem Gemeinheitsgefühl des Volkes, daß der Gebildete in irgend einer Form die Entscheidung für irgend eine Partei einzufällen und sich dies als Pflicht seines Menschen- und Staatsbürgerseins sehen muß. Er kann dies nur, wenn er sich damit abfindet, daß die Prinzipien und Ideale auf jedem Gebiet mit den Realitäten der Wirklichkeit, die dem Einzelnen doch nun einmal zunächst nur als gegeben entgegentritt, rechnen müssen; d. h. aber bei dem Parteileben der praktischen politischen Arbeit, wenn der Gebildete den Weg der Politik der unentwegten Prinzipien aufgibt, um dem wirklichen Leben Rechnung zu tragen. Das Vaterland braucht eben ganz einfach die Mitarbeit jedes Gebildeten als eine nackte Tatsache, heute mehr als je: das beweisen die Kustarpolitik und die äußere Politik zur Genüge! So muß der Gebildete an individuellen Prinzipien Opfer bringen, um im Wege einer Partei überhaupt die Möglichkeit seiner sozialen Mitarbeit zu erhalten. In Parteien entwickelt sich nun einmal das politische Leben: die Zurückhaltung der gebildeten Schichten am parteipolitischen Leben aber würde heute und in Zukunft gar nicht mehr zu ertragen sein!

England.

Wien, 13. Jan. Der deutsche Ueberdreadnought „Baden“, 27.000 Tonnen; von der Königin Elisabeth-Klasse, mit 23 Knoten Geschwindigkeit, ist in Scapa Flow angekommen und dort mit anderen Kriegsschiffen der deutschen Flotte interniert worden. Das Schiff führte nur geringe Lebensmittel. Die Uebergabe war gefordert worden anstelle des Schlachtkreuzers „Mackensen“, der den deutschen Häfen noch nicht verlassen konnte. Weitere sechzehn deutsche Ueberdreadnoughts sollen morgen Deutschland wieder verlassen an die Alliierten verlassen. Noch in Deutschland befindliche Ueberdreadnoughts müssen aufgegeben werden, 170 befanden sich im Bau, die Weiterarbeit ist eingestellt.

Frankreich.

Paris, 12. Jan. (Reuter.) Das Kriegsgericht verurteilte zu lebenslänglicher Festungshaft den Sekretär der Gesundheitsverwaltung in Abessinien und seinen Untergeordneten, den Oesterreicher Carmelich, die im Jahre 1917 an der Spitze von eingeborenen Truppen, die sie ausgehoben hatten, versuchten, in die französische Kolonie Djibuti einzufallen. Sie wurden damals von französischen Truppen in die Flucht geschlagen und Volk und Carmelich wurden gefangen genommen.

Seht die Wählerlisten ein!

Sie liegen vom 10. Januar ab auf 8 Tage auf! Nur diejenigen, deren Namen am Wahltag in der Liste stehen, können wählen.

Ungehörte Forderungen.

Berlin, 11. Jan. Von gut unterrichteter Seite erhält die Köln. Volksztg. folgende Mitteilungen: Die Beziehungen sämtlicher Minenfahrzeuge weigern sich, zum Minenraufen in See zu gehen, weil sie durch den positiven Widerstand höhere Zulagen zu erpressen gedenken. Die Forderungen gehen, abgesehen von Lebensversicherungen, bis zu 100 Mark für den Mann und Tag. Dieses würde ein Jahreseinkommen von rund 40.000 Mark für jeden Mann bedeuten. Rechnet man, daß im ganzen 6000 Mann beim Minenräumen beschäftigt werden müssen, so ergibt dies eine Tagesausgabe von 600.000 Mark, im Jahr also rund 216 Millionen Mark. Das Räumen aller während des Krieges gelegten Minen wird bei dem vorhandenen Räummungsmaterial schätzungsweise zwei Jahre dauern. Die dem Rake erwachsenen Kosten würden sich auf rund 400 Millionen Mark belaufen, wohl verstanden lediglich für persönliche Bedürfnisse, abgesehen von den übrigen unvermeidlichen Indiensthaltungskosten. Ähnliche, wenn auch nicht ganz so übertriebene Forderungen werden aus anderen Marinegarnisonen gemeldet. Die Mindestforderungen ergeben die noch recht beträchtliche Summe von 30,24 Millionen Mark für das Jahr, was einer Tageszulage von etwa 14 Mark entsprechen würde. Höhere Zulagen haben bereits unter dem Zwange der Verhältnisse gezahlt werden müssen, als es sich darum handelte, den Forderungen des Waffenstillstandes — minenfreie Wege in den Offensivzügen zu schaffen — gerecht zu werden. Seitdem diese Weg frei gemacht sind, ruht jede Minenräumungstätigkeit in Ost- und Westsee. Ehe aber die Minenräumungsarbeiten im großen aufgenommen werden können, kann weder Hochseefischerei noch Seefischerei in Gang gebracht werden, auch dann nicht, wenn der Verband sie wieder grundsätzlich freigibt. Das deutsche Volk muß dann nach vier Hungerjahren weiterhin der Fischnahrung entbehren, nur weil einige tausend Mann sich nicht genug bereichern können. Dabei steht die Hungersnot unabwieslich vor der Tür, wenn der Verband nicht helfen wird, der Verband, welcher genau, daß wir reichliches und einwandfrei arbeitendes Minenräummaterial besitzen.

Vermischte Nachrichten.

* Die Gesamtoster der Grippe. Nach der englischen wissenschaftlichen Zeitschrift Nature hat die Grippe-Epidemie des vergangenen Jahres, die sich fast über die ganze Erde erstreckte, insgesamt 6 Millionen Men-

schenleben gekostet, die an der Grippe gestorben sind. Man muß schon zu den großen Epidemien des Mittelalters, wie der schwarzen Pest im 14. Jahrhundert, zurückgreifen, um ein Gegenstück hierzu zu finden. (Matin.)

* Revolutionsgewinnler. Aus dem Eisenacher Schloß ist vom A- und S-Rat eine Reihe kunstgeschichtlich wertvoller Gegenstände entfernt worden. Vor allem sind es Möbel aus der Rokokozeit um 1720 stammend, die früher einen Hauptanziehungspunkt für künstlerisch und historisch Interessierte bildeten und die von der jetzigen Regierung zum alltäglichen Gebrauch benutzt wurden. Auch die kostbare Porzellansammlung weist bereits bedenkliche Lücken auf.

Wien, 9. Jan. Unter schweren Vergiftungsercheinungen erkrankte hier ein Ehepaar nach dem Genuß von Wurst, die von einem Rittergut bei Jätsch stammte. Mann und Frau wurden in das Antonioshospital bei Baden gebracht, wo sie bald darauf starben. Die Staatsanwaltschaft hat die Leichen beschlagnahmt und die gerichtliche Untersuchung angeordnet.

Wien, 12. Jan. Ein 18jähriger Kaufmannslehrling, der als Postaussteller beschäftigt war, unterschlug für 80.000 Mark Postpakete. Er wurde von der Postgebeten. Ein Mann und eine Frau, die mit den unterschlagenen Gegenständen (Kleidungsstücke und Lebensmittel) einen schwindelhaften Handel getrieben hatten, wurden wegen Betrugs festgenommen.

Aus Provinz und Nachbargebieten.

!: Hünwies. Auf die im Kreisblatt veröffentlichte Bekanntmachung, daß alle Käufe durch französische Truppen im Kreise Unterthanen nunmehr ausschließlich in deutschem Gelde bezahlt werden müssen, usw. sei hiermit besonders hingewiesen.

!: Elville. 13. Jan. Ein düsteres Bild der Lebensnot enthält die hiesige Stadtverordnetenversammlung. Hiernach hat das Städtchen nach den Ausführungen des Bürgermeisters und der Stadtverordneten nur noch für einige Tage Lebensmittel. Das vorhandene Mehl, zu dem bereits das Saatgetreide herangezogen werden mußte, reicht nur noch für wenige Tage. Das Militär-Oberkommando soll um Hilfe angegangen werden.

!: Langenloheim. 13. Jan. Ein den Bahnhöfen vor einem Güterzuge durchfahrendes französisches Auto wurde von der Lokomotive des Zuges erfasst. Das Auto wurde mit gewaltiger Wucht auf das nahe Feld geschleudert. Der Chauffeur blieb unverletzt, ein gerade an der Stelle vorbeigehendes Mädchen wurde aber durch das Auto getroffen und schwer verletzt. Die erste Hilfe leistete ein französischer Militärarzt, der auch für die Ueberführung der Verletzten in ein Krankenhaus Sorge trug.

!: Wiesbaden. 11. Jan. Ein Kampf mit Einbrechern. Am Mittwochabend gelang es einigen Kriminalbeamten in der Villa Bleicherer Straße 3, vier Personen, und zwar zwei davon aus Erbenheim und je eine aus Dörfel und Wiesbaden, bei einem Einbruch zu überfallen. Die Verbrecher waren gerade dabei, die Türen gewaltsam zu öffnen, als sie plötzlich die Kriminalbeamten hinter sich sahen. Zwei von ihnen ergriffen schnell die Flucht, während die beiden anderen, einer mit einem Seitengewehr bewaffnet, Miene machten, Widerstand zu leisten, einer wurde indes durch einen Schuß in den Oberarm kampfunfähig gemacht und auch der andere niedergeschlagen und festgenommen. Die beiden übrigen Mitglieder der Bande konnten an den folgenden Tagen in Haft genommen werden. Es handelt sich, wie es scheint, bei den Leuten um die Mitglieder einer Einbrecherbande, welche in der letzten Zeit Wiesbaden und seine nähere Umgebung unruhig macht und u. a. eine ganze Anzahl von Billeinbrüchen verübt. Mehrere Tage früher hatten sie in demselben Hause, in dem sie nunmehr ihr Schicksal ereilt, ebenfalls mittels Einbruchs Schmuckkästen, Kleider usw. in nicht unerheblichem Wert gestohlen. Anschuldigungen bei den Einbrechern künden Diebstahl der verschiedensten Art an. Es handelt sich bei der in Frage kommenden Bande keineswegs um Leute, die durch Not auf den Weg des Verbrechens getrieben werden.

!: Mainz. 9. Jan. In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten wurde von allen Parteien lebhaft darüber geklagt, daß die Wahlagitator zu der Volkskammer der heiligen Republik und zu der deutschen Nationalversammlung auf nur einen Sonntag eingeschränkt sei. Der Oberbürgermeister solle alle Schritte tun, um Erleichterungen zu schaffen. Die Stadt wurde in 33 Wahlbezirk und die Vororte in 10 eingeteilt. — Nach Mitteilung eines Stadtwachmanns sind hier an Arbeitslosen 4000 männliche und 3000 weibliche Personen.

Aus Bad Gms und Umgegend.

* Wahlbewegung. Es wird uns mitgeteilt, daß der alte nationalliberale Wahlverein hier selbst sich nach Beschaffung der nötigen Unterlagen für die Neuorientierung als Gruppe der Deutschen Volkspartei bilden wird.

* Die Ausgleichunterstützung für die Hinterbliebenen der gefallenen Kriegsteilnehmer wird vom 1. Januar ab nicht mehr gezahlt, da von diesem Zeitpunkt ab die Familienunterstützung allgemein aufhört.

* Kriegsamilienunterstützung. Die Auszahlung der Januarsumme am Donnerstag, den 16. d. Mts., nachmittags 2-4½ Uhr im Rathaus. Die Bezugsberechtigten mit den Ausweisarten bis zu Nr. 400 wollen vor 3 Uhr, die übrigen Empfangsberechtigten nach 3 Uhr erscheinen. Entlassene Kriegsteilnehmer müssen ihre Rückkehr bei der Stadtkasse unter Vorlage ihrer Entlassungspapiere anzeigen. Geburten und Todesfälle innerhalb der Familie, die eine Veränderung der Bezüge herbeiführen, sowie die Erreichung des 15. Lebensjahres der Kinder, sind stets alsbald bei der Stadtkasse anzumelden. Familienunterstützung darf über den 31. 12. 18 hinaus nur gezahlt werden, wenn der Einberufene sich noch nach dem 30. November 1918 bei der Truppe befindet hat. Eine bezügliche von dem Truppenteil oder Ersatztruppenteil ausgestellte Bescheinigung ist, soweit dies noch nicht geschehen, der Stadtkasse baldmöglichst vorzulegen. Den Familien, denen die Beibringung dieser Bescheinigung nicht möglich ist, z. B. bei den im Osten stehenden Kriegern, wird die Unterstützung auch weitergezahlt, wenn sie einen Nachweis in anderer Form, etwa die letzte briefliche Nachricht des Einberufenen, vorlegen. Ausgeschlossenen vom Bezüge der Familienunterstützung sind die Familien der Mannschaften, die in Ersch-

hung ihrer gesetzlichen aktiven Dienstpflicht weiter dienen (Jahresringe 1898 und 1899). Die Familien der in Gefangenschaft befindlichen Mannschaften erhalten die Unterstützung weiter bis zur Rückkehr und dann noch zwei Halbmónatsraten. Die Familien verminderter Krieger erhalten die Unterstützung, bis die Versorgungsbefugnisse auf Grund des Militärhinterbliebenengesetzes oder entsprechende Vorschriften angewiesen werden.

Remmenau, 15. Jan. Für Remmenau und Nachbarn findet heute abend im Schmidt'schen Lokale eine Versammlung mit Vortrag über die Nationalwahlen statt.

Aus Diez und Umgegend.

Postales. Es wird bekannt gemacht, daß die Fernsprecheinnehmer wieder im Ortsbereich und nach den bezeugten Orten des Unterlahnkreises unter gewissen Bedingungen, die beim Postamt zu erfragen sind, anrufen dürfen.

Wahlversammlungen finden laut Anzeigen in heutiger Zeitung hier selbst wie in den Nachbarorten heute und die folgenden Tage statt, und zwar regen sich die deutsch-demokratische Partei, das Zentrum, sowie die Sozialdemokratische Partei im Interesse.

Fortsetzung des redaktionellen Teils im amtlichen Kreisblatt.

Wahlen zur verfassungsgebenden Deutschen National-Versammlung.

Auf Grund der Bestimmungen unter §§ 10 und 30 der Verordnung vom 30. November v. Js. über die Bestimmung der Wahlbezirke werden für die Abgrenzung der 2 Stimmbezirke dieser Stadt zum Zwecke der Stimmabgabe, der Ernennung der Wahlvorsteher und ihrer Stellvertreter sowie der Wahllokale, in denen die Wahlen vorzunehmen sind, die in der nachstehenden Uebersicht enthaltenen Bestimmungen getroffen.

Wahlbezirk Nr. 1.

Wahllokal: Rathausaal. Wahlvorsteher: Leonhard Gmel, Stellvertreter: Heinrich Lant.

Wahlbezirk, Walbergstraße, Braubacherstraße, Wintersbergstraße, Kapellenstraße, Wiesbach, Langensiedel, Bahnhofplatz, Alexanderstraße, Bahnhofstraße, Badhausstraße, Billenpromenade, Schloßerhaus, Rainersstraße, Bahnstr., Grabenstr., Untertalen, Pfahlgraben, Bismarckstraße, Eintrachtstraße, Distrikt Abtisch, Obere Walbergstraße, Wilhelmallee, Römerstr., Rathausstr., Viktoria-Allee, Gartenstraße, Oranienweg, Bleichstr., Weidhellenweg, Ludwigstr., Remmenauerweg, Mühlgasse, mit 3289 Seelen.

Wahlbezirk Nr. 2.

Wahllokal: großer Saal im Rheinischen Hof. Wahlvorsteher: Albert Hankel, Stellvertreter: Wilhelm Weber. Coblenzerstraße, Arenbergerstr., Distrikt Gräbeheid, Jungfernhöhe, Distrikt Flur, Marktstr., Arzbacherstr., Di-

strikt Weihenstein, Emser Hofsthaus, Kronhof, Kirchgasse, Lindenstr., Hohe Mauer, Diakonissenheim, Hoffnungsstollen, Zahnenberg, Hütte, Eisenbach, Kaserne, Pfingstwiese, Adalfschacht, Bachstr., Wallgasse, Silberaustr., Silberau, Ernst-Bornstr., Lindenbach, Friedrichstr., Schulstr., Schlachthofstr., mit 3488 Seelen.

Die Wahlen finden am Sonntag, den 19. Januar 1919, von vormittags 9 Uhr bis abends 8 Uhr statt.

Bad Emz, den 8. Januar 1919.

Der Magistrat.
Dr. Schubert.

Gelesen und genehmigt:
Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises.
H. Graignic, Rittmeister.

Achtung Wähler!

Wenn der „bürgerliche Wähler“ in seinem Ausruf „Pirater und Wähler“ in Nr. 11 dieser Zeitung glaubt, mit seinem Ausruf solche Wähler, die vielleicht noch schwankend waren, ob sie für die Deutsche Volkspartei oder die Demokratische Partei eintreten sollen, auf die Seite der letzteren hinüberzuziehen, irt er. Ganz abgesehen davon, daß die aus dem Zusammenhang gerissenen Sätze leicht zu Mißverständnissen Anlaß geben, dürfte er gerade das Gegenteil erreicht haben bei vielen Wählern, denen die Worte eines so besonnenen und weitschauenden Politikers, wie Stresemann einer ist, bisher noch unbekannt waren. Dieser will vielleicht nicht alles über Bord werfen, sondern manches Gute und Freie aus den bisherigen Verhältnissen mit hinübernehmen und mit dem, was die neue Zeit bringen wird, in Uebereinstimmung bringen. Weiter hat auch Stresemann nichts sagen wollen und gesagt. Den Worten des ebenfalls in Nr. 10 dieser Zeitung mit „auch ein Wähler“ unterzeichneten Ausrufs „Wähler, Achtung“ kann nur beigefügt werden. Wenn er schreibt, man könne sagen, die Deutsche demokratische Partei ist die Partei der Volkspartei und der Frankfurter Zeitung, der Berliner und Frankfurter Arbeiterblätter, überhaupt der mehr internationalen als deutschen Kreise, so drückt er sich sehr maßvoll aus. In Wirklichkeit ist dies der Fall, da in der Deutschen demokratischen Partei die ehemalige Arbeiterpartei Volkspartei enthalten ist, hinter der die oben genannten Zeitungen stehen. Darüber muß man sich klar sein, wenn man für die Deutsche demokratische Partei eintritt, daß auch solche Bestandteile zu ihr gehören.

Gewiß: „Kein Bruderkrieg im Bürgerum“, aber der Schreiber des Ausrufs: „Wähler und Wähler“ hat zu dieser Feststellung herausgefordert. Jetzt heißt es: einheitliche Front gegen die Sozialdemokratie! Ob ein Einnehmen für die Deutsche demokratische Partei diesen Zweck dient, erscheint nach manchen Anzeichen (siehe Köln und München) zweifelhaft. Die Zeit wird's lehren!
Ein besonnener Wähler.

Der Kokspreis wird infolge erheblicher Verteuerung der Kohlen und Fracht von heute ab wie folgt festgesetzt:

1. Grober Gabelkoks per Kilo 7 Pf. (per Str. 3,50 M.)
2. Feinkoks per Kilo 5 Pf. (per Str. 2,50 M.)

Diez, den 7. Januar 1919.

Der Magistrat.

Gelesen und genehmigt:
Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises.
H. Graignic, Rittmeister.

Hans Lube und Frau

Emmy geb. Schwarz

Vermählte

Offenbach a. M., Januar 1919.

Hermine Schwarz

Friedrich Wenz

Verlobte

Offenbach a. M., Januar 1919.

Aus dem Heeresdienst entlassen!

halte ich wieder Sprechstunden von 10—12 Uhr vorm. und 3—5 Uhr nachm., Sonntags 9—11 Uhr vorm.

Dr. Evershelm, Augenarzt.

427) Coblenz, Kurfürstenstr. 15, nahe der Festhalle.

Wir haben anzubieten:

Heidebesen bei 100 St. M. 0,40 pro Stck.

Kerzen pro Rolle (11 Stck) M. 7,00 (6 Stundenbrenner). Wiederverkäufer erhalten Rabatt. Gest. Offerte unter R. 95 befördert die Geschäftsstelle d. Bl. [499]

Zwei 10—12 Wochen

alte

Schweine

zu kaufen gesucht.

Hotel Dranien, Diez. [496]

Metallbetten an Private.

Holzrahmenmatt., Kinderbetten.

Eisenmöbelfabrik Gudel i. Thür. [495]

Stundenfrau

oder Mädchen für gleich oder

1. Februar gesucht. [495]

Frau G. Rosen, Diez, Oberer Markt

Zwiebel- u.

Gelberübensamen,

eigene Ernte, sowie Steckwieseln empfiehlt

Gärtner Schulte, Bachstr., Emz. [441]

Franz. Gramatit

(Karl Böck benoragt)

zu kaufen gesucht. Offerte unter

S. 18 an die Geschäftsstelle. [502]

Grundstück

mit Apfelbaum in Fachbach

zu verkaufen. Näheres

Sabel, Köln, Turmstr. 38.

Was will die

Deutsche Volkspartei?

Sie bekennt sich zu einer nationalen und wahrhaft demokratischen Politik.

Sie will:

Ein geeinigtes und unabhängiges Deutschland.

Gleiches Recht für alle ohne Rücksicht auf Herkunft und bürgerliche Stellung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Die Gleichberechtigung der Frau.

Sicherung der Freiheit für Wort und Schrift, für Verein und Versammlung, der Unabhängigkeit der Gerichte.

Weiteste Selbstverwaltung auf demokratischer Grundlage in Gemeinde, Kreis und Provinz.

Die Weiterführung der Sozialpolitik, ein neues, sozialgestaltetes Arbeiter- und Angestelltenrecht.

Die Kräftigung und Wahrung des freien Bauern auf eigener Scholle, den sozialen Aufstieg des Landarbeiters.

Kräftigung und Hebung des Mittelstandes.

Schärfste Erfassung der Kriegsgewinne.

Gerechte Verteilung der Kriegslasten und Steuern.

Die Sicherung der Kriegsanleihen.

Keine Trennung von Staat und Kirche.

Ruhe und Ordnung im Vaterlande.

Sofortigen Frieden.

Männer und Frauen!

Wählt Deutsche Volkspartei!

Bekanntmachung.

Während der Wahlperiode wird der Verkehr im Unterlahnkreis bis 22 Uhr zugelassen.

Bad Ems, den 15. Januar 1919.

Die Militärbehörde.

Bekanntmachung.

Nach den Feststellungen bei dem hiesigen Elektrizitätswerk und der Gasanstalt ist der Lichtverbrauch ein sehr erheblicher. Es steht fest, daß der Mehrverbrauch gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres darauf zurückzuführen ist, daß sonst im Winter leerstehende Räume jetzt durch die Besatzungstruppen benutzt und beleuchtet werden. Wenn der Lichtverbrauch in dem bisherigen Umfange andauern wird, ist zu erwarten, daß die Lichtwerke in nicht zu ferner Zeit wegen Mangel an Kohlen den Betrieb einstellen müssen. Wollen wir daher mit der Lichterzeugung länger auskommen, so ist die größtmögliche Einschränkung im Verbrauch nötig. Dies läßt sich bei dem elektr. Licht dadurch erreichen, daß z. B. da, wo zwei Birnen brennen, nur eine benutzt wird, oder aber es werden Birnen verwendet, die eine geringere Lichtstärke haben, wie die im Gebrauch befindlichen. Es wird im allgemeinen Interesse dringend gebeten, dieser Anregung Folge zu leisten.

Bad Ems, den 9. Januar 1919.

Der Bürgermeister.

Gelesen und genehmigt:
Der Chef der Militärverwaltung des Unterlahnkreises.
H. Graignic, Rittmeister.

Mit Genehmigung der französischen Militärbehörde.

Wahlversammlungen der Deutsch-demokratischen Partei.

(neue Zeit)

Mittwoch, den 15. Januar, Altendiez Schule 5 Uhr,

**Donnerstag, den 16. Januar, Diez Hof von Holland 5 Uhr,
und Hirschberg Gasthaus Müller 4 Uhr,**

Freitag, den 17. Jan. Birlenbach Gasth. Thielmann 5 Uhr.

Alle wahlberechtigten, Frauen und Männer, werden hierzu herzlichst eingeladen.

Der Vorstand der Deutsch-demokratischen Partei für
Diez und Umgebung:

I. A.:

J. Jung, Vorsitzender

R. Schrader, Schriftführer.

(508)

Deutsche Männer und Frauen! Wählt die Deutsch-demokratische Partei!

Die Namen der Männer und Frauen ihrer Kandidatenliste bürgen Euch für die Durchführung der Parteiziele.

Diese Ziele sind:

Schaffung eines einigen Deutschen Reiches mit republikanischer Staatsform.

Restlose Erfassung der Kriegsgewinne.

Gerechte Verteilung der Kriegslasten.

Verhinderung der Klassenherrschaft von rechts und von links.

Religiöse Freiheit.

Gewährung gleicher Bildungsmöglichkeit.

Gleiches Recht für alle, ohne Ansehen der Standesunterschiede und der Person.

Vertretung aller Stände in den gesetzgebenden Körperschaften durch Männer und Frauen aus den eignen Reihen.

Die Deutsch-demokratischen Kandidaten für unsern Wahlbezirk sind:

Bürgermeister **Dr. Luppe** Frankfurt a. M., Oberbürgermeister **Koch** Kassel, Universitätsprofessor **Schücking** Marburg, Fräulein **Dr. Schultz** Frankfurt a. M., Landwirt **Cornelius Trieschmann** Obersellenbach (Kurahessen), Rektor **Breidenstein** Wiesbaden, Arbeitersekretär **Balzer** Frankf. a. M., Fabrikant **Kreuter** Hanau, Maurermeister **Christoph Müller** Kassel, Oberlehrer **Kappes** Marburg, Postsekretär **Bechstedt** Frankfurt a. M., Pfarrer **Stein** Kassel, Kaufmann **Ziegenmeyer** Idstein, Landwirt **Schuster** Cubach, Sanitätsrat **Winkhaus** Bad Wildungen.

Der Vorstand der Deutsch-demokratischen Partei. Ortsgruppe Diez und Umgebung.

Mit Genehmigung der Ortsmilitärbehörde

Sozialdemokratische Partei

Freitag, den 17. Januar, nachmittags 4 Uhr

Oeffentliche Wählerversammlung

im grossen Saale des Hof von Holland, Diez.

Redner: Herr Max Groger, Frankfurt a. M.

Männer und Frauen erscheint in Massen zu dieser Versammlung.

Stimmzettel zur Wahl werden an allen Wahllokalen verabreicht.

Der Einberufer: Chr. Schäfer, Diez a. Lahn.

(504)